

Stand: 23.02.2026 02:38:24

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/2639

"Harmonisierung des Verfassungsschutzrechts: Schutz grundrechtssensibler Daten in verfassungsmäßiger Weise sicherstellen!"

---

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/2639 vom 26.06.2019
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/3857 des KI vom 03.07.2019
3. Beschluss des Plenums 18/4123 vom 10.10.2019
4. Plenarprotokoll Nr. 28 vom 10.10.2019



## Antrag

der Abgeordneten **Stefan Schuster, Klaus Adelt, Christian Flisek, Inge Aures, Harald Güller, Alexandra Hiersemann, Arif Taşdelen, Florian Ritter, Florian von Brunn, Natascha Kohnen, Markus Rinderspacher SPD**

### **Harmonisierung des Verfassungsschutzrechts: Schutz grundrechtsensibler Daten in verfassungsmäßiger Weise sicherstellen!**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass bei der geplanten Harmonisierung des Verfassungsschutzrechts die verfassungsrechtlichen Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts in seiner Entscheidung zum Bundeskriminalamtgesetz (BKAG) vom 20.04.2016 im Nachrichtendienstrecht umgesetzt werden und ein Schutzkonzept, das die verfassungsrechtlichen Wertigkeiten der verschiedenen sicherheitsrechtlichen Aufgaben und der diversen grundrechtsensiblen Bereiche im einfachen Sicherheitsrecht strukturiert abbildet, verwirklicht wird.

### **Begründung:**

1. Das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) hat in seiner Entscheidung zum BKAG vom 20.04.2016 – BVerfG, Urteil des Ersten Senats vom 20.04.2016, 1 BvR 966/09 und 1 BvR 1140/09; BVerfG 141, 220 – 378) – seine lange Rechtsprechung zur Verfassungsmäßigkeit von heimlichen Überwachungsmaßnahmen und der Nutzung und Übermittlung von Daten, die aufgrund solcher Maßnahmen erhoben werden, zusammengeführt. In dem Urteil befand der Erste Senat, dass die Ermächtigung des Bundeskriminalamts (BKA) zum Einsatz von heimlichen Überwachungsmaßnahmen zwar im Grundsatz mit den Grundrechten des Grundgesetzes vereinbar sei, die konkrete gesetzliche Ausgestaltung der Befugnisse aber in verschiedener Hinsicht nicht dem Verhältnismäßigkeitsgrundsatz genügten. Der Erste Senat beanstandete sowohl die Voraussetzungen für die Durchführung solcher Maßnahmen, als auch die Frage der Übermittlung der Daten zu anderen Zwecken an dritte Behörden, sowie die Weiterleitung von Daten an ausländische Behörden. Die Voraussetzungen für die Durchführung der Maßnahmen seien teilweise zu unbestimmt und zu weit formuliert, es fehlte zum Teil an flankierenden rechtsstaatlichen Absicherungen, vor allem zum Schutz des Kernbereichs privater Lebensgestaltung oder zur Gewährleistung von Transparenz, individuellem Rechtsschutz und aufsichtlicher Kontrolle.

Besonders strenge Anforderungen formulierte der Erste Senat für die Befugnisse zur verdeckten Wohnraumüberwachung und zur Online-Durchsuchung, da diese besonders tief in die Privatsphäre eingriffen.

Das BVerfG hat mit dem BKAG-Urteil erkennbar den Ansatz einer systembildenden Leitentscheidung verfolgt. Es hat in dem Urteil vorausgegangene Rechtsprechung teils ausdrücklich korrigiert und insgesamt konsolidiert (vgl. BVerfG 141, 220 Rn. 292). Es ist deutlich erkennbar, dass Vorgaben, die das BVerfG im BKAG-Urteil aus

dem Verhältnismäßigkeitsgrundsatz für den Gesetzgeber im Bereich des Polizeirechts abgeleitet hat, für das Recht der Nachrichtendienste nicht ohne Bedeutung bleiben sollen.

Ausgehend von diesen Prämissen spricht viel dafür, dem Urteil systemübergreifende Leitlinien zu entnehmen, die als verfassungsrechtliche Richtungsvorgaben bei der Gesetzgebung zu berücksichtigen sind, und die Vorgaben des BKAG-Urteils auf das Recht der Nachrichtendienste zu übertragen. Daraus ergeben sich insbesondere folgende Konsequenzen:

- Auch im nachrichtendienstlichen Tätigkeitsbereich beansprucht der Kernbereich privater Lebensgestaltung gegenüber allen Überwachungsmaßnahmen Beachtung und bedarf jedenfalls bei Befugnissen, die typischerweise zur Erhebung kernbereichsrelevanter Daten führen, einer normenklaren Gewährleistung durch den Gesetzgeber (vgl. BVerfG 141, 220 Rn. 123).
  - Differenzierungen hinsichtlich des Kreises besonders geschützter Berufsheimnisträger sind nach ähnlichen Grundsätzen wie bei polizeilichen Informationserhebungen vorzunehmen (vgl. BVerfG 141, 220 Rn. 131 ff.).
  - Ebenso wie die Verarbeitung personenbezogener Daten durch die Polizei richten sich auch die weitere Nutzung und Übermittlung der von Nachrichtendiensten erhobenen Informationen nach dem Grundsatz der Zweckbindung (vgl. BVerfG 141, 220 Rn. 276 ff.). Eine Nutzung von personenbezogenen Daten über den konkreten Anlass und rechtfertigenden Grund einer Datenerhebung hinaus bedürfen einer gesetzlichen Rechtsgrundlage (vgl. BVerfG 141, 220 Rn. 277). Die Zulassung von Zweckänderungen muss sich am Kriterium der hypothetischen Datenneuerhebung orientieren, d. h. der ursprüngliche und der geänderte Verwendungszweck müssen verfassungsrechtlich ein vergleichbares Gewicht aufweisen, ohne dass allerdings die Gefahrenlage bzw. der Tatverdacht hinsichtlich des Konkretisierungsgrads identisch sein muss. Ausreichend ist ein konkreter Ermittlungsansatz (vgl. BVerfGE 141, 220 Rn. 286 ff.). Weiter reicht die Zweckbindung für Daten aus Wohnraumüberwachungen und Online-Datenerhebungen. Deren weitere Nutzung erfordern stets einen mit den Erhebungsvoraussetzungen vergleichbaren Gefahrengrad (vgl. BVerfGE 141, 220 Rn. 283).
2. Netzsicherheitsgesetz veröffentlichte Ende März 2019 den Referentenentwurf aus dem Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat eines Gesetzes zur Harmonisierung des Verfassungsschutzrechts. In der Problem- und Zielbeschreibung des Gesetzentwurfs wird angegeben, dass die föderal arbeitsteilige Organisation des Verfassungsschutzes angesichts gesamtstaatlicher Rechtsgüter und länderübergreifender Bedrohungen zur effektiven Zusammenarbeit der Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder einen harmonisierten Rechtsrahmen mit wirksamen Befugnissen erfordere. Zu diesen Harmonisierungszwecken solle das Bundesverfassungsschutzgesetz auf der Grundlage der betreffenden Empfehlungen der Innenministerkonferenz zur Rechtsvereinheitlichung novelliert werden. Der Referentenentwurf mit Stand 07.03.2019 wurde unmittelbar nach seiner Veröffentlichung insbesondere aus Journalistenkreisen (Reporter ohne Grenzen, Deutscher Journalisten-Verband; vgl. auch Spiegel online vom 01.06.2019 („Pressefreiheit: Informantenschutz schützen!“), Süddeutsche Zeitung vom 30.05. und 31.05.2019 („Ein unverfrorener Angriff auf die Pressefreiheit“, „Innenministerium will Ausspähen von Journalisten erlauben“), Presseportal vom 29.5.2019 („Referentenentwurf: Geheimdienste sollen deutsche Medien hacken dürfen“) heftig als Angriff auf die Pressefreiheit gebrandmarkt. Auch der Koalitionspartner von CDU und CSU auf Bundesebene kündigte unmittelbar, nachdem der Gesetzentwurf bekannt wurde, Widerstand an. Die heftige Kritik macht sich insbesondere daran fest, dass die Nachrichtendienste, so z. B. das Bundesamt für Verfassungsschutz, zu einer Online-Durchsuchung, Quellen-TKÜ oder ähnlichen verdeckten Maßnahmen auch gegenüber Journalisten befugt sein sollen. Es wird kritisiert, dass in dem Gesetzentwurf Maßnahmen zur Erlangung von Informationen, die Personen, die bei der Vorbereitung, Herstellung oder Verbreitung von Druckwerken, Rundfunksendungen, Filmberichten oder der Unterrichtung oder Meinungsbildung dienenden Informations-

und Kommunikationsdiensten berufsmäßig mitwirken oder mitgewirkt haben, in Ausübung dieser Tätigkeit erlangt, verarbeitet oder weitergegeben haben, sowie Maßnahmen zur Erlangung von Erkenntnissen über die Herkunft solcher Informationen in dem Gesetzentwurf nicht für unzulässig erklärt werden.

3. Der Gesetzentwurf in der Fassung des Referentenentwurfs mit Stand 07.03.2019 wurde auf „Eis gelegt“, wird also in dieser Fassung im Hinblick auf die Proteste gleich unmittelbar nach seinem Bekanntwerden nicht in ein Gesetzgebungsverfahren kommen. Dennoch veranlasst er ein Nachdenken über einen passgenauen und effektiven Schutz insbesondere von Berufsgeheimnisträgern im Nachrichtendienstrecht.

Was den Schutz von Berufsgeheimnisträgern betrifft, so knüpft das Nachrichtendienstrecht an § 53 Strafprozessordnung (StPO) an. § 53 StPO sieht ein Zeugnisverweigerungsrecht für bestimmte Berufsgruppen vor. Abgesehen davon, dass § 53 StPO selbst in sich wenig konsistent ist, ist seine unkritische Übernahme in das Recht der Nachrichtendienste verfehlt. Weder gibt es im Nachrichtendienstrecht eine allgemeine Zeugnispflicht, die durch Zeugnisverweigerungsrechte flankiert werden müsste, noch haben die im Strafverfahrensrecht relevanten Grundsätze der effektiven Verteidigung und Selbstbelastungsfreiheit des Beschuldigten, an die die Zeugnisverweigerungsrechte teilweise anknüpfen, im Nachrichtendienstrecht einen Anwendungsbereich, noch gibt es im Nachrichtendienstrecht eine vergleichbare – für das Strafverfahren leitende – Pflicht zur umfassenden Wahrheitserforschung, für welche die Zuerkennung von Ermittlungsbeschränkungen rechtfertigungsbedürftige Ausnahmen darstellt.

Die Regelungen zum Schutz des Kernbereichs privater Lebensgestaltung und der Berufsgeheimnisträger im Nachrichtendienstrecht verfolgen kein schlüssiges Konzept des Schutzes grundrechtssensibler Daten. Insbesondere das Zeugnisverweigerungsrecht im Strafprozessrecht ist kein geeigneter Anknüpfungspunkt für den Schutz von Berufsgeheimnisträgern im Nachrichtendienstrecht. So fallen beispielsweise Beichtgespräche mit einem Geistlichen oder Arztgespräche, soweit sie intime Themen zum Gegenstand haben, in den Kernbereich privater Lebensgestaltung (vgl. BVerfGE 109, 279, 319 ff.), außerhalb dieses Bereichs sind Arztgespräche aber wegen des ihnen zugrunde liegenden Vertrauensverhältnisses von Arzt und Patient auch allgemein schützenswert. Ähnliches gilt für andere besonderes Vertrauen in Anspruch nehmende Berufsgeheimnisträger, was in den gesetzlichen Wertungen des § 53 StPO und § 203 Strafgesetzbuch (StGB) Ausdruck findet.

Anstatt an § 53 StPO anzuknüpfen, sollte den unterschiedlichen verfassungsrechtlichen Anforderungen an den Schutz grundrechtssensibler Daten durch ein abgestuftes und auf die durch die Tätigkeit des Verfassungsschutzes berührten öffentlichen Interessen abgestimmtes System Rechnung getragen werden. Während der Kernbereichsschutz absolut zu gelten hat, sollte in die Belange von Berufsgeheimnisträgern, deren Tätigkeit einem verfassungsrechtlich institutionellen Schutz unterliegt, nur im Notfall unter engen Voraussetzungen eingegriffen werden dürfen. Dazu zählt zum einen die Presse als sog. Vierte Gewalt. Das Bundesverfassungsgericht hat wiederholt die besondere Funktion und Schutzbedürftigkeit der freien Presse für das soziale Gemeinwesen, die Meinungsbildung und die Demokratie betont (vgl. etwa BVerfGE 20, 162, 218; 25, 296, 305; 36, 193, 211; 77, 65, 82; 110, 226, 322; BVerfG, NStZ 2001, 43, 44 BVerfG, NJW 2011, 1859; 1863). Diese institutionelle Bedeutung der Presse wird durch Art. 5 Abs. 1 Satz 2 Grundgesetz besonders geschützt. Andererseits hat das Bundesverfassungsgericht im Zusammenhang mit der hoheitlichen Aufgabe der Strafverfolgung hervorgehoben, dass den Belangen der Presse von Verfassung wegen kein allgemeiner Vorrang vor der Bekämpfung von Straftaten zukommt (BVerfGE 107, 299, 332; vgl. auch BVerfGE 20, 162, 212 f.; 222; 109, 279, 323 f.; BVerfG, NStZ 2001, 43). Mit Blick auf den hohen Rang der

Rechtsgüter, auf deren Schutz die Tätigkeit von Nachrichtendiensten zielt, gilt dies dort erst recht. Bei Berufsgeheimnisträgern, deren Schutz an das für die Berufsausübung notwendige Vertrauensverhältnis anknüpft, ist eine einzelfallbezogene Abwägung der widerstreitenden Belange erforderlich. Eine Ausnahme von diesem Schutzkonzept darf für Berufsgeheimnisträger nur gelten, sofern diese selbst verfassungsfeindlicher Aktivitäten verdächtig sind. Abgerundet werden sollte das Schutzkonzept durch ein grundsätzliches Verwendungsverbot von Daten, die unter Verletzung der Schutznormen gewonnenen wurden.

Ein unterschiedsloser und absoluter Schutz aller Berufsgeheimnisträger ist verfassungsrechtlich hingegen nicht angezeigt und begegnet mit Blick auf das Untermaßverbot sogar verfassungsrechtlichen Bedenken. Im Zusammenhang mit der hoheitlichen Aufgabe der Strafverfolgung hat das Bundesverfassungsgericht wiederholt festgestellt, dass Beweiserhebungsverbote bei Berufsgeheimnisträgern eine der besonderen Legitimation bedürftige Ausnahme von dem das Strafverfahren prägenden Grundsatz der Pflicht zur umfassenden Wahrheitserforschung darstellen. Eine derartige Pflicht zur umfassenden Wahrheitserforschung besteht im Nachrichtendienstrecht nicht. Jedoch zielt die hoheitliche Tätigkeit dort – was auf das Strafrecht nur in Teilbereichen zutrifft – allgemein auf den Schutz höchstrangiger Rechtsgüter. Diesem den Schutz von Berufsgeheimnisträgern generell überzuordnen, widerspräche der gefestigten Rechtsprechung und wäre mit der Pflicht des Staates, den Bürgerinnen und Bürgern effektiven Schutz vor einschneidenden Rechtsgutsverletzungen zu gewähren nicht zu vereinbaren. Hinzu kommt, dass der institutionelle Schutz von Parlamenten, Regierungen und politischen Parteien selbst das Bestehen eines verfassungsmäßigen Staatsgebildes voraussetzt. Es stellte einen inneren Widerspruch dar, verfassungsfeindliche Angriffe auf den Staat hinzunehmen, um staatliche Institutionen zu schützen, die durch solche Angriffe selbst in ihrem Bestand bedroht werden.



## **Beschlussempfehlung und Bericht**

**des Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport**

**Antrag der Abgeordneten Stefan Schuster, Klaus Adelt, Christian Flisek u.a.  
SPD  
Drs. 18/2639**

**Harmonisierung des Verfassungsschutzrechts: Schutz grundrechtsensibler Daten in verfassungsmäßiger Weise sicherstellen!**

### **I. Beschlussempfehlung:**

Ablehnung

Berichterstatter: **Stefan Schuster**  
Mitberichterstatter: **Wolfgang Hauber**

### **II. Bericht:**

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 8. Sitzung am 3. Juli 2019 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
  - CSU: Ablehnung
  - B90/GRÜ: Zustimmung
  - FREIE WÄHLER: Ablehnung
  - AfD: Enthaltung
  - SPD: Zustimmung
  - FDP: EnthaltungAblehnung empfohlen.

**Dr. Martin Runge**  
Vorsitzender



## Beschluss

### des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

**Antrag** der Abgeordneten **Stefan Schuster, Klaus Adelt, Christian Flisek, Inge Aures, Harald Güller, Alexandra Hiersemann, Arif Taşdelen, Florian Ritter, Florian von Brunn, Natascha Kohnen, Markus Rinderspacher SPD**

Drs. 18/2639, 18/3857

**Harmonisierung des Verfassungsschutzrechts: Schutz grundrechtssensibler Daten in verfassungsmäßiger Weise sicherstellen!**

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

**Thomas Gehring**

II. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch



**Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch:** Ich rufe **Tagesordnungspunkt 6** auf:

### **Abstimmung**

**über Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage)**

Von der Abstimmung ausgenommen sind die Nummern 20, 29 und 39 der Liste.

Dies sind der Antrag der Abgeordneten Roland Magerl, Andreas Winhart, Stefan Löw und anderer und Fraktion (AfD) betreffend "Antrag auf Errichtung eines bayerischen Zentrums für Wassergefahren" auf Drucksache 18/2241 und der Antrag der Abgeordneten Klaus Adelt, Alexandra Hiersemann, Inge Aures und anderer (SPD) betreffend "Für saubere Städte und Gemeinden – Bußgelder gegen Müllsünder erhöhen" auf Drucksache 18/2524, die zur Einzelberatung hochgezogen wurden. Diese Anträge werden im Plenum am 15. Oktober 2019 aufgerufen.

Der Antrag Nummer 39 der Liste, der Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Klaus Adelt, Harald Güller und anderer (SPD) betreffend "Klares Bekenntnis zu BRK, Malteser, Johanniter und ASB – EuGH-Urteil endlich umsetzen!" auf Drucksache 18/2803 wurde von den Antragstellern zurückgezogen und als nachgezogener Dringlichkeitsantrag zum Dringlichkeitsantrag der Fraktion FREIE WÄHLER und der CSU-Fraktion eingebracht.

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der GRÜNEN, der SPD, der FREIEN WÄHLER, der FDP und der CSU. Wer ist dagegen? – Ich sehe nie-

manden. Wer enthält sich der Stimme? – Enthaltung der beiden fraktionslosen Abgeordneten Plenk und Swoboda. Ich konnte kein Abstimmungsverhalten der AfD-Fraktion feststellen.

(Klaus Adelt (SPD): Die schlafen noch!)

Sie haben das Ergebnis aufgenommen. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

(Unruhe)

Herr Fraktionsvorsitzender Florian Streibl, lieber Florian, würdest du bitte ein wenig auf Ruhe in deiner Fraktion achten? Dies gilt für alle Fraktionen. – Vielen Dank.



3. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Kerstin Radler u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Prof. Dr. Winfried Bausback, Robert Brannekämper, Alex Dorow u. a. CSU Studentische Mitsprache stärken II: Voraussetzungen für die Einführung von Online-Hochschulwahlen schaffen  
Drs. 18/1867, 18/3780 (ENTH)

**Auf Antrag der FDP-Fraktion:  
Votum des mitberatenden Ausschusses für  
Staatshaushalt und Finanzfragen**

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

4. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Dominik Spitzer, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)  
Förderung der Niederlassung von Ärztinnen und Ärzten im ländlichen Raum anpassen  
Drs. 18/1908, 18/3823 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

5. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Young Carer I – Kompetente Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner in den Schulen für pflegende Kinder und Jugendliche benennen  
Drs. 18/1927, 18/3826 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

6. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Young Carer II – Jugendgerechtes Online-Informations- und Vernetzungsportal für pflegende Kinder und Jugendliche  
Drs. 18/1928, 18/3729 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

7. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Young Carer III – Niederschwellige psychologische Unterstützung für pflegende Kinder und Jugendliche schaffen  
Drs. 18/1929, 18/3730 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

<b>CSU</b>	<b>GRÜ</b>	<b>FREIE WÄHLER</b>	<b>AfD</b>	<b>SPD</b>	<b>FDP</b>
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

8. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Young Carer IV – Entlastung von pflegenden Kindern und Jugendlichen durch die Übernahme der Kosten haushaltsnaher Dienstleistungen  
Drs. 18/1930, 18/3731 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

[illegible]

9. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Young Carer V – Bestandsaufnahme zur Situation von pflegenden Kindern und Jugendlichen und zu den Hilfsangeboten für Kinder kranker Eltern durchführen  
Drs. 18/1931, 18/3726 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

[illegible]

10. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Jürgen Mistol u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Wohnung- und Obdachlosigkeit wirkungsvoll bekämpfen III –  
Modellprojekte für junge Erwachsene in der Wohnungslosenhilfe fördern  
Drs. 18/1937, 18/3732 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

<b>CSU</b>	<b>GRÜ</b>	<b>FREIE WÄHLER</b>	<b>AfD</b>	<b>SPD</b>	<b>FDP</b>
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>



15. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Anne Franke u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Friedens- und Konfliktforschung in Bayern voranbringen – Lehrstuhl an einer Universität oder Hochschule einrichten  
Drs. 18/2162, 18/3849 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

16. Antrag der Abgeordneten Ruth Müller, Martina Fehlner SPD  
Bäuerliche Tierhaltung gegenüber industriellen Strukturen stärken Teil I –  
Privilegierung nach § 35 Abs. 1 BauGB novellieren  
Drs. 18/2164, 18/3269 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

17. Antrag der Abgeordneten Ruth Müller, Martina Fehlner SPD  
Bäuerliche Tierhaltung gegenüber industriellen Strukturen stärken Teil II –  
Flächenbindung als Kriterium für den Neubau von Tierhaltungsanlagen  
Drs. 18/2165, 18/3738 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

18. Antrag der Abgeordneten Ruth Müller, Martina Fehlner SPD  
Bäuerliche Tierhaltung gegenüber industriellen Strukturen stärken Teil III –  
Agrarumweltmaßnahmen und Investitionsförderungen für  
Intensivtierhaltungsbetriebe über 2 GV je Hektar streichen  
Drs. 18/2166, 18/3734 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

19. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Susanne Kurz u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Museumseintritte sozial gerecht gestalten – Teilhabe an kulturellen Angeboten ermöglichen und Besucherströme gezielt steuern  
Drs. 18/2184, 18/3851 (A)

**Auf Antrag der FDP-Fraktion:  
Votum des mitberatenden Ausschusses für  
Staatshaushalt und Finanzfragen**

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

20. Antrag der Abgeordneten Roland Magerl, Andreas Winhart, Stefan Löw u. a. und Fraktion (AfD)  
Antrag auf Errichtung eines bayerischen Zentrums für Wassergefahren  
Drs. 18/2241, 18/3740 (A)

Der Antrag wird gesondert beraten.

21. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Paul Knoblach u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Blauzungenkrankheit – Betriebe unterstützen, Tierleid verhindern  
Drs. 18/2354, 18/3862 (A)

**Votum des federführenden Ausschusses für  
Umwelt und Verbraucherschutz**

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

22. Antrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Roland Magerl u. a. und Fraktion (AfD)  
Vereinigung der Pflegenden in Bayern unabhängig machen  
Drs. 18/2383, 18/3824 (A)

**Votum des federführenden Ausschusses für  
Gesundheit und Pflege**

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>





27. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gabriele Triebel u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Ethische Bildung und Wertevermittlung an unseren Schulen stärken – Qualitätsoffensive für den Ethikunterricht in Bayern  
Drs. 18/2406, 18/3806 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

28. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
10.000 Häuser-Programm – Verdopplung der Fördersätze TechnikBonus Solarwärmespeicherung  
Drs. 18/2407, 18/3805 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

29. Antrag der Abgeordneten Klaus Adelt, Alexandra Hiersemann, Inge Aures u. a. SPD  
Für saubere Städte und Gemeinden: Bußgelder gegen Müllsünder erhöhen  
Drs. 18/2524, 18/3744 (A)

der Antrag wird gesondert beraten.

30. Antrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier und Fraktion (AfD)  
Tierschutz bei der Weidehaltung – Unterstand für Weidetiere bereitstellen  
Drs. 18/2552, 18/3820 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>

31. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Cemal Bozoğlu u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Rechten Terror bekämpfen – Combat 18 verbieten  
Drs. 18/2602, 18/3745 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

32. Antrag der Abgeordneten Tanja Schorer-Dremel, Eric Beißwenger, Martin Schöffel u. a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Nikolaus Kraus u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Ahorn-Rußrindenkrankheit erforschen  
Drs. 18/2610, 18/3735 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

[illegible]

33. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Horst Arnold, Florian Ritter, Stefan Schuster u. a. und Fraktion (SPD)  
Combat 18 und Ku-Klux-Klan: Extrem rechte Terrororganisationen frühzeitig und nachhaltig bekämpfen und jeden Bezug unter Strafe stellen!  
Drs. 18/2621, 18/3746 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	ENTH

34. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Frisches Obst und Gemüse von Anfang an – Bayern öffnet das EU-Schulprogramm auch für Krippenkinder  
Drs. 18/2624, 18/3737 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

35. Antrag der Abgeordneten Stefan Schuster, Klaus Adelt, Christian Flisek u. a. SPD  
Harmonisierung des Verfassungsschutzrechts: Schutz grundrechtsensibler Daten in verfassungsmäßiger Weise sicherstellen!  
Drs. 18/2639, 18/3857 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	ENTH	Z	ENTH

36. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Böhler u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Bericht zum außerplanmäßigen Stillstand des FRM II  
Drs. 18/2643, 18/3863 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Umwelt und Verbraucherschutz

[illegible]

37. Antrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Margit Wild, Annette Karl u. a. SPD  
Artenschutz ist auch Schutz der Nacht – für insektenfreundlichere Beleuchtung  
Drs. 18/2720, 18/3864 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	ENTH

38. Antrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Ruth Müller,  
Margit Wild u. a. SPD  
Einführung des Nutri-Score Systems zur Bewertung von Lebensmitteln  
Drs. 18/2760, 18/3865 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Umwelt und Verbraucherschutz

<b>CSU</b>	<b>GRÜ</b>	<b>FREIE WÄHLER</b>	<b>AfD</b>	<b>SPD</b>	<b>FDP</b>
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

39. Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Klaus Adelt, Harald Güller u. a. SPD  
Klares Bekenntnis zu BRK, Malteser, Johanniter und ASB – EuGH-Urteil endlich umsetzen!  
Drs. 18/2803, 18/3747 (A)

Der Antrag wurde zurückgezogen.

40. Antrag der Abgeordneten Manfred Ländner, Tobias Reiß, Holger Dremel u. a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Wolfgang Hauber u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Vereinsverbote  
Drs. 18/2804, 18/3748 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

41. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Kerstin Radler u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Robert Brannekämper, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alex Dorow u. a. CSU  
Freier Eintritt Museen  
Drs. 18/2826, 18/3850 (E)

**Auf Antrag der FDP-Fraktion gemäß § 126 Abs. 3 BayLTGeschO:  
Votum des mitberatenden Ausschusses für  
Staatshaushalt und Finanzfragen**

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	

42. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Dr. Leopold Herz u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Eric Beißwenger, Martin Schöffel, Tanja Schorer-Dremel u. a. CSU Durchführung einer Anhörung zur aktuellen Lage und Zukunft der bayerischen Teichwirtschaft vor dem Hintergrund stetig steigenden Drucks durch Prädatoren und wirtschaftliche Herausforderungen Drs. 18/2830, 18/3821 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

43. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Stefan Löw u. a. und Fraktion (AfD) Keine weitere Beschneidung der Freiheit! Messerverbot entgegengetreten Drs. 18/2847, 18/3749 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

44. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Horst Arnold, Doris Rauscher, Klaus Adelt u. a. und Fraktion (SPD) Probleme in bayerischen Kitas ernst nehmen und lösen – jetzt und nicht erst 2050! Drs. 18/2848, 18/3733 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

45. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Jetzt den Garchingener Forschungsreaktor FRM II abrüsten Drs. 18/2853, 18/3866 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>



